



27.09.2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir machen die Rente zukunftsfest. Hierzu haben wir heute im Bundestag das Rentenpaket II in erster Lesung beraten. Dabei richten wir unsere Rentenpolitik nicht nur für das nächste Jahr aus, sondern sichern die Rente für die kommenden Jahrzehnte ab. Wir stabilisieren dauerhaft das Rentenniveau. Damit sichern wir ab, dass die Renten auch weiterhin mit den Löhnen steigen werden. Konkret bedeutet das: **Eine Krankenschwester, die heute 49 Jahre alt ist und im Jahr 2040 in Rente geht, hat dann dank der Haltelinie rund 1.100 Euro bzw. 6,3 Prozent mehr Rente im Jahr.**

Union und Teile der FDP wollen, dass die Beiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Börse angelegt werden. Unsere Haltung dazu ist klar: Mit Beitragsmitteln darf nicht spekuliert werden. Stattdessen haben wir uns auf das Generationenkapital geeinigt. Damit stellen wir die gesetzliche Rente auf noch breitere Beine:

mit einer kapitalgedeckten Säule aus Bundesmitteln für die Bundeszuschüsse. Damit werden wir langfristig erreichen, dass die Beitragssätze nicht zu stark ansteigen müssen.

[\(Zum Rentenpaket II war ich heute Morgen im ARD-Morgenmagazin zu Gast\)](#)

Gute Arbeitsmarktpolitik ist nicht nur gut für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie ist auch gute Rentenpolitik. Denn desto mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, umso mehr steht auch für die Rentenkasse zur Verfügung. Deshalb ist es unser oberstes Ziel, mehr Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sei es mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz, durch die



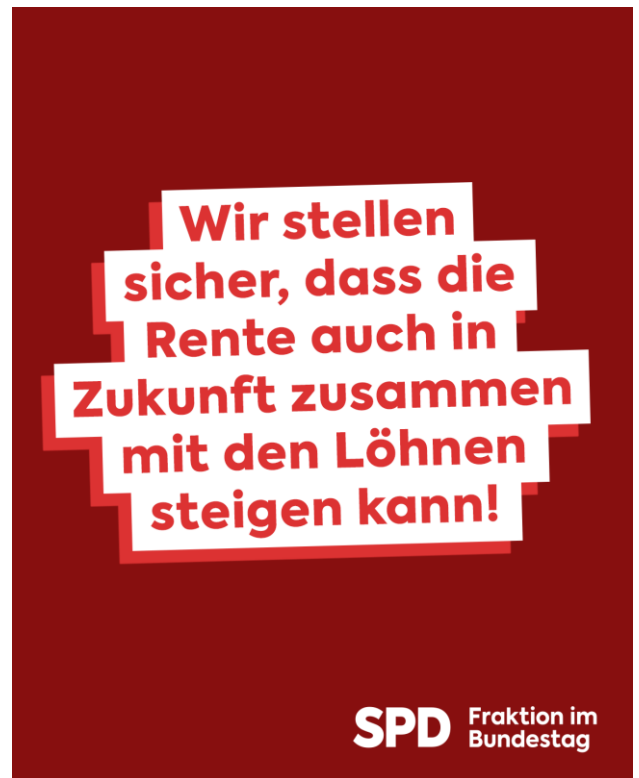
Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote im Bürgergeld, durch Investitionen in Kita- und Betreuungsangebote oder durch die Stärkung des inklusiven Arbeitsmarktes. Und wir sorgen mit Reha- und Präventionsmaßnahmen, die im Übrigen ebenfalls von der Rentenversicherung finanziert werden, dafür, dass Menschen länger gesund arbeiten können.

Ich habe heute in meiner Rede verdeutlicht, dass wir mit dem Rentenpaket II Gerechtigkeit für alle Generationen erreichen wollen. Denn der Generationenvertrag, für den wir uns als Gesellschaft entschieden haben und der Kernbestandteil unseres Sozialstaatsversprechens ist, hält unsere Gesellschaft zusammen und hat sich über viele Jahrzehnte bewährt. Und allen die fordern, man solle doch einfach das Renteneintrittsalter erhöhen und bis 70

arbeiten, erteilen wir eine klare Absage. Alle die länger arbeiten wollen und das können, dürfen das schon jetzt. Es gibt aber viele, die das nicht können. Vor allem diejenigen, die körperlich hart arbeiten müssen. Und für diejenigen würde ein höheres Renteneintrittsalter nichts anderes als eine Rentenkürzung bedeuten, weil sie es gar nicht schaffen können, so lange zu arbeiten. Hinzukommt: Diejenigen, die den Laden am Laufen halten und oftmals körperlich schwere Arbeit verrichten haben und häufig in den niedrigsten Einkommensgruppen liegen, haben eine geringere Lebenserwartung als die höchsten Einkommensgruppen. Ein höheres Renteneintrittsalter wäre nicht gerecht und hat mir Respekt vor der Lebensleistung von vielen Millionen Menschen nichts zu tun. Das habe ich heute in meiner Rede verdeutlicht. [\(Hier geht es zu meiner Rede\)](#)

Wir haben in dieser Woche verschiedene Gesetze in erster Lesung beraten, die das Steuerrecht in verschiedenen Bereichen anpassen sowie die Wirtschaft und alle Bürgerinnen und Bürger entlasten werden. Mit dem Bürokratieentlastungsgesetz werden Verfahren vereinfacht und Unternehmen entlastet. Ein wichtiger Bestandteil ist die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege, die ein Entlastungsvolumen von mehr als 600 Millionen Euro jährlich mit sich bringt. **Wir haben im Parlamentarischen Verfahren erreicht, dass dadurch keine wichtigen Unterlagen verschwinden können, die beispielsweise zur Strafverfolgung von Steuerdelikten benötigt werden.** Sofern Sachverhalte noch nicht ermittelt sind, können sie unverändert von den Ermittlungsbehörden verfolgt werden, da die strafrechtliche Verjährungsfrist bei schwerer Steuerhinterziehung weiterhin bei 15 Jahren liegt.

Wir bekämpfen die kalte Progression und sorgen dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Zukunft mehr Netto vom Brutto haben werden. Dazu erhöhen wir den steuerlichen Grundfreibetrag (2024 um 180€,



2025 um 300€ und 2026 um weitere 252€), den Kinderfreibetrag (2024 um 228€, 2025 um 60€ und 2026 um weitere 156€), das Kindergeld (2025 um 5€; 2026 um 4€ pro Monat pro Kind) und den Kindersofortzuschlag für von Armut betroffenen Kindern um 25€ monatlich.

Hinzu kommen zwei weitere wichtige Punkte, die wir mit dem Jahressteuergesetz 2024 auf den Weg bringen. Die Wohngemeinnützigkeit – also die vergünstigte Überlassung von Wohnraum an hilfsbedürftige Personen – wird als neuer gemeinnütziger Zweck aufgenommen. Steuerbegünstigte Körperschaften sollen so bezahlbares Wohnen für Personen mit geringen Einkommen ermöglichen. Geplant ist auch, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Mobilitätsbudget in Höhe von bis zu 2400€ pro Jahr erhalten können. Es soll so ausgestaltet sein, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber statt einer klassischen Gehaltserhöhung ein Mobilitätsbudget gewähren können. Bisher war es so, dass beispielsweise ein Jobticket oder Jobräder unterschiedlich besteuert wurden. Das hat Bürokratie verursacht. Mit der Pauschalbesteuerung werden alle neuen Verkehrsformen (Car-Sharing, E-Scooter, etc) gleichgestellt und vereinfacht. Auch Fahrkarten für Bus- und Bahnverkehr sollen begünstigt werden. Das stärkt die Beschäftigten und ist auch für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber von Vorteil, da diese dieses Budget begünstigt versteuern können.

Zum Abschluss noch eine gute Nachricht aus Berlin für den Wahlkreis. Ich freue mich sehr, dass der Haushaltsausschuss in dieser Woche beschlossen hat, dass die Sanierung des Jerusalemhauses in Wetzlar mit 625.000€ durch den Bunde gefördert wird. Im Jerusalemhaus lebte im 18. Jahrhundert Karl Wilhelm Jerusalem, dessen tragischer Suizid das Vorbild für Goethes Romanfigur des „Werthers“ wurde. Mit den Mitteln können das Gebäude und die Ausstellung langfristig auch für nachfolgende Generationen weiterhin erhalten bleiben.

**HEUTE IM HAUSHALTAUSSCHUSS  
BESCHLOSSEN:**



**625.000 € für die Sanierung des  
Jerusalemhauses in Wetzlar!**

**>> #dieschmidt** Soziale  
Politik für  
Dich. <<

In der kommenden Woche findet am Dienstag (01.10.2024 | 19 Uhr) im Gutshof in Herborn eine Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung zur Apothekenreform statt. Gemeinsam mit meiner Kollegin Martina Stamm-Fibich werde ich mit Apothekerinnen und Apothekern aus dem Wahlkreis darüber sprechen, wie wir auch in Zukunft die Apothekenversorgung im ländlichen Raum sicherstellen wollen. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!  
[\(Zur Anmeldung und allen Infos geht es hier\)](#)

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt